

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/65

Bonn, den 4. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Unser Bundestag</u>	78

Unzulängliche Arbeitsbedingungen - "Aufstand der Plebejer"

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

2 a	<u>Minderheitenschutz per Schnellbleiche ?</u>	32
-----	--	----

Die FDP und das Betriebsverfassungsgesetz

3 - 4	<u>Weltstadt-Wochenende in Hamburg</u>	97
-------	--	----

Von Direktor Wilhelm Hartmann

Fremdenverkehrs- und Kongreß-Zentrale Hamburg

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

"Führerschein für Frauen nur bis zum 50. Lebensjahr?"

- Interview mit Bundesverkehrsminister Georg Leber -

Unser Bundestag

Unzulängliche Arbeitsbedingungen - "Aufstand der Plebejer"

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

In einer sehr lebhaften Debatte hat sich der Deutsche Bundestag bei den Haushaltsberatungen mit sich selber befaßt. Vorwiegend jüngere Abgeordnete aus allen Fraktionen forderten, daß den Bundestagsabgeordneten gegen einen Nachweis für die Anstellung von Hilfskräften bis zu DM 2.000,-- monatlich aus der Bundeskasse gezahlt werden sollen. Insgesamt hätte eine solche Regelung etwa 7.225 Millionen Mark im Jahre 1968 gekostet.

Wer die schlechthin ungenügende Maschinerie des Deutschen Bundestages kennt, wer weiß, wieviel Arbeit von den Parlamentarierern unter höchst unzulänglichen Bedingungen geleistet werden muß, der kann sich den Forderungen nach einer besseren technischen Ausstattung des Bundestages nicht verschließen. Wer die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Günter Müller über die Schwierigkeiten hörte, sich als Mitglied des Deutschen Bundestages die amerikanische Ausgabe der "New York Times" zu beschaffen, der mag zunächst amüsiert sein über den Pioniergeist, den Abgeordnete und Hilfskräfte aufbringen müssen, um eines Zeitungsartikels habhaft zu werden. Aber nach einigem Nachdenken sollte jedermann einsehen, daß Parlamentarier vernünftig nur entscheiden können, wenn sie schnell und zuverlässig informiert sind. Es ist sicherlich auf die Dauer auch kein Zustand, wenn Abgeordnete mangels Hilfskräften dazu gezwungen sind, aus ihrem Mandat eine Art Familienbetrieb zu machen und die eigene Ehefrau die Schreibarbeiten erledigen zu lassen. Eines jedoch ist auch sicher: Derartige Mißstände sind sicherlich nicht im Handgalopp zu überwinden. Dazu bedarf es intensiver Vorarbeiten und Beratungen.

Es sollte eigentlich zu den Binsenwahrheiten gehören, daß der Deutsche Bundestag kein redendes Honoratiorenparlament mehr ist, in welchem Politiker ihren Hobby frönen, sich in einem erlauchten Club über die Probleme der Nation öffentlich kundzumachen. Bei manchen aber herrscht diese Auffassung immer noch. Es ist nicht ohne Delikatesse, daß unter jenen Abgeordneten des Bundestages, die dieses Parlament als Honoratiorenversammlung vergangener Zeiten betrachten, sich auch solche Mitglieder des Hauses befinden, die dank ihrer Funktion im Parlament mit einem personellen und technischen Apparat ausgestattet sind, der nach Umfang und Qualität weit über das hinausgeht, was von den "einfachen" Abgeordneten verlangt wird. Insofern hat auch die Klage vieler Abgeordneter, es gebe im Deutschen Bundestag unter den Abgeordneten Paschas und einfaches Fußvolk, schon ihre Berechtigung.

Es ist unerträglich, daß ein Großteil der Mitglieder des Deutschen Bundestages entscheiden muß, ohne sich ausreichend vorbereiten zu können. Man kann den Wunsch, man kann das dringende Bedürfnis nach Arbeitserleichterung vieler Abgeordneter auch damit nicht abtun, daß man darauf hinweist, es gebe im Deutschen Bundestag auch nicht gerade fleißige Abgeordnete und diese würden mit oder ohne Hilfskräfte sowieso immer gleich wenig tun.

Wenn das Parlament kein Eliteparlament sein soll, sondern eine Volksvertretung, dann muß sich jedermann darüber klar sein, daß es unter den Abgeordneten nicht mehr und nicht weniger Faule gibt als unter den deutschen Bürgern allgemein. Zudem ist nicht ausgemacht, wieviele Abgeordnete des Deutschen Bundestages viel mehr tun würden, wenn sie nicht mit einem Wust von Drucksachen und Mitteilungen aller Art eingedeckt würden, der auch Viel- und Schnelleser ohne Hilfskräfte von Zeit zu Zeit zur Kapitulation zwingt.

In den Sozialdemokratischen Perspektiven sind Vorschläge gemacht, die es dem Deutschen Bundestag und seinen Mitgliedern ermöglichen werden, den Anforderungen an ein arbeitendes Parlament in Zukunft weitaus gerechter zu werden als dies bisher möglich ist. Wenn der Bundestag seine politischen Gestaltungs- und Kontrollaufgaben voll wahrnehmen will, so muß er sich selber eine bessere personelle und materielle Ausstattung genehmigen. Das Parlament muß Zugang haben zu einer zentralen Datenbank. Die Ausschüsse des Bundestages müssen ihre Informations- und Kontrollrechte gesetzlich ausgestalten. Die Anhörung von Sachverständigen muß zur permanenten Praxis werden. Der Bundestag muß selber Enquête-Kommissionen bilden können; es genügt nicht, nur die Bundesregierung durch Sachverständigenkommissionen immer mehr zu stärken; diese sind ohnehin dem Parlament schon deshalb überlegen, weil sie über einen vieltausendköpfigen Beamtensapparat verfügen.

Der "Aufstand der Flebejer ..." in der Haushaltsdebatte des Bundestages hatte so gesehen einen sehr ernsten Hintergrund. Wer glaubt, ihre bescheidenen Forderungen auf die lange Bank schieben zu können, der muß es sich gefallen lassen, daß man ihm vorwirft, sein Verständnis des Parlamentarismus stecke noch in den Kinderschuhen des 19. Jahrhunderts.

Minderheitenschutz per Schnellbleiche ?

Die FDP und das Betriebsverfassungsgesetz

HB-er - Sachverständigen-Anhörungen, in den USA seit Jahr und Tag bewährt, sind auch im Bundestag zur Selbstverständlichkeit geworden, begrüßt und aktiv unterstützt von Regierungs- und Koalitionsparteien. Es hat sich aber auch gezeigt, daß diese Anhörungen Zeit kosten, oftmals nicht wenig. Man braucht sich nur an das Kernwertsteuer- oder das Notstands-"Hearing" zu erinnern. Noch in keinem Falle hatte sich aber je eine Fraktion gefunden, die die Abkürzung oder gar den Abbruch der Anhörungen gefordert hätte. Das blieb jetzt der FDP vorbehalten - und zwar ausgerechnet in der Frage des Betriebsverfassungsgesetzes. Der FDP-Vertreter im Ausschuß für Arbeit, Hansheinrich Schmidt, wollte zu dieser Frage von Anfang an niemanden anhören: "Dazu gehören keine Sachverständigen, sondern der politische Wille, dies zu tun," betonte Schmidt.

Und jetzt hat Herr Schmidt sich gegen die Koalitionskollegen zur Wehr gesetzt, weil diese aus terminlichen Gründen die Expertenanhörung auf den 8. Mai verschieben mußten.

In Fragen der Gesellschaftspolitik pflegt die FDP überhaupt sehr schnell zur Tagesordnung überzugehen, gleichgültig, ob die Meinungsbildung abgeschlossen ist oder nicht. Im Juli vergangenen Jahres, als die Frage der Mitbestimmung immer intensiver zu diskutiert werden begann, als die SPD auf die Ernennung der in der Regierungserklärung angekündigten Mitbestimmungskommission drängte, stellte die Pressekorrespondenz der FDP lakonisch fest: "Schluß mit dem Gerede von der Mitbestimmung!"

Die gleiche FDP wird aber ganz gewiß zu gegebener Zeit in der Frage der erweiterten Mitbestimmung eingehende Sachverständigen-Anhörungen verlangen, zumindest zu dem Zweck, diese wichtige Frage auf eine möglichst lange Bank zu schieben. Weshalb man bei den Freien Demokraten heute zur Frage des Minderheitenschutzes keine Experten hören will, ist allzu durchsichtig. Die Große Koalition wird sich deshalb in dieser Frage nicht von einer Partei beeinflussen lassen, die es mit den Anliegen der Arbeitnehmerschaft noch nie sehr ernst genommen hat.

Weltstadt-Wochenende in Hamburg

Von Direktor Wilhelm Hartmann

Fremdenverkehrs- und Kongreß-Zentrale Hamburg

Hamburg hat in den letzten Monaten in der deutschen Presse, aber auch in Zeitungen, die in Skandinavien und Holland erscheinen, eine umfangreiche Publizität genossen, die auf das von der Fremdenverkehrs- und Kongreß-Zentrale seit nunmehr zwei Jahren propagierte "Weltstadt - Wochenende" zurückgeht.

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in den Großstädten hat seit einigen Jahren einen Wandel erfahren, für den eine Erklärung zu finden nicht allzu schwer fällt. Bekanntlich sind allgemein in den Großstädten die Geschäftsreisenden der wichtigste Faktor des Fremdenverkehrs. Für einen Wirtschafts- und Verkehrsplatz der Bedeutung Hamburgs trifft das besonders zu. Von Fachleuten wird der Anteil des Geschäftsreiseverkehrs in den Hamburger Beherbergungsbetrieben auf etwa 60 Prozent geschätzt, ohne daß exakte Zahlen vorliegen bzw. entsprechende Untersuchungen angestellt wurden. Dieser Geschäftsreiseverkehr erstreckt sich praktisch nur auf die Tage zwischen Montag und Freitag, so daß - beginnend mit der Nacht zum Sonnabend und endend mit der Nacht zum Montag - die Hamburger Hotels und Hotel-Pensionen eine erhebliche Kapazität nicht ausnutzen können. Während in den Sommermonaten, d.h. von Mai bis September, hier der Ferienreiseverkehr nicht nur ausgleichend wirkt, ist in den Wintermonaten die Wochenendlücke durch Touristen nicht ohne weiteres zu schließen.

Die Fremdenverkehrs- und Kongreß-Zentrale hatte sich deshalb die Aufgabe gestellt, Möglichkeiten zu finden, an den Wochenenden mehr Touristen nach Hamburg zu ziehen. Es galt, ein für den Touristen preiswertes, attraktives und vielseitiges Angebot zu präsentieren. Eine Grundvoraussetzung war, den Fahrpreis nach Hamburg so günstig wie möglich zu halten und darüber hinaus die fixen Aufenthaltskosten, nämlich die Hotelübernachtung, preiswerter als üblich zu gestalten.

Erfreulicherweise war es durch Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn möglich, für Reisende aus den Bundesbahndirektionsbereichen Hannover, Kassel, Münster, Wuppertal, Essen und Köln eine Preisermäßigung von 50 Prozent auf den normalen Fahrpreis zu erreichen. Im gleichen Umfang hat sofort auch die Dänische Staatsbahn in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbahn die Fahrpreise im Weltstadt-Wochenend-Arrangement ermäßigt. Seit einiger Zeit beteiligen sich die schwedischen Eisenbahnen und die niederländische Eisenbahn gemeinsam mit der Eisenbahn Großbritanniens an dieser Sonderleistung.

Viele Hamburger Hoteliers sehen in der zusätzlichen Belegung durch Wochenendgäste eine Möglichkeit, ihre Kapazität besser auszunutzen, und erklärten sich in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Verband bereit, für die Wochenendgäste mindestens einen Preisnachlaß von 25 Prozent zu gewähren, so daß der Wochenendgast bereits Übernachtung einschließlich Frühstück und Bedienung zu einem Preis von etwa 10 DM erhalten kann.

Der Fremdenverkehrs- und Kongreß-Zentrale war es selbstverständlich, daß ermäßigter Fahrpreis und ermäßigte Hotelübernachtungskosten allein noch nicht Anreiz genug für eine Wochenendfahrt nach Hamburg.

sein würden. In möglichst unkomplizierter Weise galt es, dem Wochenendgast weitere Vergünstigungen anzubieten. Hierzu wurde der sogenannte "Wochenendpaß" geschaffen. Er ist eine Art "Sesam, öffne Dich!" für die Weltstadt. Mit ihm in der Hand zahlt man für

- | | | |
|--|----------------|---------------|
| 1. eine Stadtrundfahrt | statt DM 7,-- | nur DM 4,50, |
| 2. eine Haf Rundfahrt | statt DM 3,-- | nur DM 2,50, |
| 3. einen Rundflug über Hamburg | statt DM 18,-- | nur DM 14,40, |
| 4. Eintritt in Hagenbecks Tierpark | statt DM 3,-- | nur DM 2,--, |
| 5. Eintritt ins Panoptikum | statt DM 1,50 | nur DM 1,--, |
| 6. eine Touristenkarte zur Benutzung aller öffentlichen Nahverkehrsmittel (zwei Tage Gültigkeit) | | |
| - Verkauf nur im Hotel-Nachweis | -statt DM 6,-- | nur DM 5,--. |

Den Wochenendpaß, der außerdem Ausweis für eine Reihe von Etablissements im Vergnügungsviertel St. Pauli mit freiem Eintritt und freier Garderobengebühr ist, erhält der Hamburg-Besucher, der mindestens eine Übernachtung in einem der beteiligten Hotels bucht. Der Paß wird selbstverständlich auch an Autotouristen ausgegeben.

Schließlich aber - und das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein von Standpunkt des Besuchers her gesehen erfolgreiches Wochenende in Hamburg - konnte es die Fremdenverkehrs- und Kongreß-Zentrale durch Absprachen mit der Hamburgischen Staatsoper, dem Deutschen Schauspielhaus, dem Thalia-Theater, dem Operettenhaus und dem Hansa-Theater erreichen, daß für die Wochenendgäste Eintrittskarten reserviert werden. Ein erheblicher Prozentsatz macht von der so geschaffenen Möglichkeit des kurzfristigen Theaterkartenerwerbs Gebrauch. Daß dabei von den Gästen aus Dänemark die Staatsoper und das Operettenhaus sowie im besonderen Maße auch das Hansa-Theater Interesse finden, liegt wegen der Sprachschwierigkeiten auf der Hand.

Der Erfolg dieses Wochenend-Arrangements war bereits im ersten Winterhalbjahr 1965/1966 überraschend. Damals konnten etwa 7.000 zusätzliche Übernachtungen gezählt werden. Diese Zahl hat sich im Winterhalbjahr 1966/67 um mehr als 50 Prozent erhöht. Schon jetzt kann für das laufende Winterhalbjahr abgesehen werden, daß Ende April eine nochmalige Steigerung um etwa 50 Prozent erreicht sein wird: Das sind im laufenden Winterhalbjahr alles in allem etwa 15.000 zusätzliche Übernachtungen.

Die Zusammenarbeit zwischen Verkehrsträgern, Hotellerie, Gastronomie und Fremdenverkehrs- und Kongreß-Zentrale war erfolgreich. Auch in Zukunft soll das Weltstadt-Wochenend-Arrangement möglichst noch erweitert werden. So ist geplant, auch Interessenten aus den Bereichen der Bundesbahndirektionen Frankfurt und Nürnberg die Möglichkeit zu geben, den um 50 Prozent ermäßigten Fahrpreis zu erhalten. Außerdem soll das Angebot in Hamburg selbst durch weitere Attraktionen verbessert werden.

Woher stammen die zum Wochenende nach Hamburg reisenden Touristen? Mit Überraschung stellt man bei einer näheren Analyse fest, daß der überwiegende Teil aus anderen Großstädten des Bundesgebietes sowie des benachbarten Auslandes kommt. Offenbar genießt Hamburg bei den Besuchern anderer Großstädte den Ruf einer echten Weltstadt, in der man Einmaliges, nur für diese Stadt Typisches erleben kann.